

PM des koZe kollektiven Zentrums vom 15.03.16

Sie haben ein Angebot gemacht, das Mensch nicht annehmen kann – LIG auf den Spuren von Don Vito Corleone. Finanzbehörde versucht KuNaGe e.V. zu erpressen.

Den „neuen“ Mietvertrag betreffend stellt die Finanzbehörde Bedingungen, denen sich der Mieter KuNaGe e.V. (Kunstlabor naher Gegenden) unmöglich unterwerfen kann und die einer Erpressung gleich kommen. Denn diese Bedingungen entrechten den Mieter auf allen Ebenen.

Es gibt kein Angebot der Finanzbehörde für einen neuen Zwischennutzungsmietvertrag. In dem Kündigungsschreiben, das mittlerweile auch der Politik vorliegt, ist lediglich davon die Rede, dass ein neuer Zwischennutzungsvertrag denkbar wäre, der den grundsätzlichen Bedingungen des jetzigen Mietvertrags entspricht. Es liegt also kein konkretes Angebot für einen neuen Zwischennutzungsvertrag vor. Es gibt Bedingungen, die wohlwollend mit „grundsätzlich gleich“ umschrieben werden. Konkretes wird jedoch nicht genannt. Alle Bedingungen können willkürlich von der Finanzbehörde gesetzt werden.

Die von der Finanzbehörde gestellten Bedingungen sind die Übernahme aller bisherigen und künftigen Verbrauchskosten für den Mietgegenstand und eine Räumungsverpflichtung in Form der notariellen Zwangsvollstreckung.

In den letzten Tagen ist über die Medien bekannt geworden, dass der LIG (Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen) versuchte eine völlig unrealistisch hohe Stromrechnung über 30.050.44 Euro auf den KuNaGe e.V. abzuwälzen, gleichwohl dieser Strom nichts mit dem koZe zu tun hat. Obwohl es zwischen dem Anwalt der KuNaGe e.V., Vattenfall und LIG einen regen Schriftverkehr über diesen Vorgang gab, hat Vattenfall erst nachdem sich die Medien einschalteten, innerhalb weniger Stunden die falsche Abrechnung zugegeben und von der Forderung Abstand genommen. Nach den Bedingungen, welche die Finanzbehörde nun stellt, hätte sich die KuNaGe e.V. nicht mehr gegen eine solche Forderung wehren können. Einer solchen Willkür soll sich der Verein in Zukunft unterwerfen? Das ist eine Bedingung der Finanzbehörde.

Obwohl die Kosten der Wasserver- und -entsorgung nach Auffassung des Rechtsanwalts der KuNaGe e.V. ohne jeden Zweifel und eindeutig in voller Höhe über die in §17 des Mietvertrags vereinbarte Pauschale abgegolten sind, versucht der LIG auch diese Kosten auf den KuNaGe e.V. abzuwälzen und arbeitet willentlich in Richtung eines Gerichtsprozesses. Dabei besteht nicht der Hauch einer Chance für den LIG diesen Rechtsstreit zu gewinnen. Auch gegen diese abstruse Forderung könnte sich der KuNaGe e.V. bei Annahme der Bedingungen der Finanzbehörde nicht mehr juristisch wehren.

Außerdem verlangt die Finanzbehörde, dass sich der KuNaGe e.V. in notarieller Form der sofortigen Zwangsvollstreckung unterwirft. Auch in diesem Falle würde der KuNaGe e.V. völlig entrechtet werden und eine Räumung könnte ohne juristische Prüfung sofort erfolgen. Eine solche Erklärung wäre ebenfalls ein Freifahrtschein für die Finanzbehörde, das Haus jederzeit und unangekündigt mit Hilfe von prügelnden Cops zu räumen. Warum sollte Mensch bei einem bestehenden Mietvertrag freiwillig auf seine Rechte verzichten? Schließlich hat es auch einen Sinn, dass der Gesetzgeber diese Schutzfunktionen für Mieter

erlassen hat. Eigentlich würde Mensch von einer Behörde erwarten, dass sie im Sinne der geltenden Gesetze handelt und nicht versucht diese auszuhebeln.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass der LIG willentlich „falsche“ Rechnungen an den KuNaGe versendet, für die der Verein gar nicht zuständig ist (Wasser 2410,92 Euro und Strom 30.050.44 Euro) und verlangt, dass diese, wie auch alle zukünftigen Forderungen, beglichen werden. Außerdem soll der Verein „freiwillig“ seine Mieterrechte abgeben. Im Gegenzug bietet die Finanzbehörde nichts. Was bleibt ist lediglich ein perfider Erpressungsversuch mit dem Panik im und Spaltung des Münzviertels erreicht werden soll. Der LIG ist erneut gescheitert und wird erneut vorgeführt. Fortsetzung folgt.